

Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Zur Lage

Die Union dient Deutschland

Halbzeitbilanz der Koalition kann sich sehen lassen



Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Vor einigen Tagen hat die zweite Halbzeit der Legislaturperiode begonnen. Nicht alles lief in den vergangenen zwei Jahren in der Koalition glatt. Aber die Ergebnisse stimmen. Trotz der erheblichen Sorgen, die uns die Euro-Schuldenkrise bereitet, können wir in diesem Herbst sagen: Unser Land ist in guter Verfassung. Die Arbeitslosigkeit sinkt weiter. Die Menschen haben mehr Geld in der Tasche. Die Weichen für die Zukunft sind gestellt. Unsere neue Energiepolitik ist ein Beitrag dazu. Auf dem Bundesparteitag der CDU in Leipzig können wir selbstbewusst Zwischenbilanz ziehen und die Ziele für die nächsten Jahre abstecken.

Dabei ist klar: Volksparteien müssen sich weiterentwickeln. Jede Zeit hat ihre Herausforderungen. Jede Zeit fordert ihre Antworten. Gute Politik bedeutet nie Stillstand. Unser Wertefundament bleibt aber: Das christliche Menschenbild. Es wird uns immer eine gute Richtschnur sein.

Auch weil wir auf einem festen Wertefundament stehen, ist die Union der Garant, dass in unserem Land Maß und Mitte der Maßstab für politisches Handeln bleiben. Wir sind

nicht die Parteien der Moden oder Ideologien. Wir führen die Ideen von Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Vernunft zusammen. Die Union verbindet Ökologie und Ökonomie. CDU und CSU arbeiten für ein stärkeres Europa, ohne die nationalen Interessen zu vergessen.

Mehr Stabilität für Europa ist unser größtes Projekt

Für die nähere politische Zukunft bin ich dabei optimistisch. Der Koalition ist es in den vergangenen Tagen gelungen, eine Einigung über viele strittige Themen zu erzielen. Insbesondere beim Thema Steuern ist ein Konsens erzielt worden, der der Gerechtigkeit und der notwendigen Reduzierung der Haushaltsdefizite Genüge tut. Umso unverständlicher ist die Blockadehaltung, die nun SPD und Grüne einnehmen wollen. Beide sind nicht mehr die Parteien der Arbeitnehmer, die für ihren Lohn jeden Tag arbeiten müssen. Sie wollen den Bürgern immer nur nehmen und selbst bei Lohnerhöhungen den Staat immer als ersten abkassieren lassen.

Das größte Projekt für die nächsten Jahre wird aber die Stabilisierung Europas sein. Hier hat die Bundeskanzlerin von Anfang an richtig gehandelt. Leistungen wird es nur bei eigenen Anstrengungen der Staaten geben, die Hilfen in Anspruch nehmen wollen. Dies haben nun auch alle anderen Staaten eingesehen. SPD und Grüne sollten dies auch tun. Jedem in der Welt ist doch in den letzten Wochen eines klargeworden: Wenn es ein Land gibt, an dem sich Europa aufrichten kann, dann ist es Deutschland.

Wollen herüber

Inhalt

Die Union dient Deutschland	1
Wir machen eine soziale und gerechte Steuerreform	2
Koalition einigt sich auf Kernvorhaben	3
Finanzkontrolleure müssen überwacht werden	4
Regulierung der Finanzmärkte weiter voranbringen	5
Bürokratieabbau muss fortgesetzt werden	6
Frieden und Stabilität vor unserer Haustür	7
Koalition setzt sich für nachhaltige und bezahlbare Mobilität in Europa ein	7
Waldstrategie stärkt nachhaltige Bewirtschaftung unserer Wälder	8
Radaropfern soll unbürokratisch geholfen werden	8
„Gewonnene Jahre - Potenziale älterer Arbeitnehmer“	9
Frisch gebloggt	9
Letzte Seite	10

Impressum

Herausgeber
 Peter Altmaier MdB
 Stefan Müller MdB
 CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
 Redaktion: Claudia Kemmer (verantwort.)

Telefon (030) 227 53015
 Telefax (030) 227 56660
 pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Wir machen eine soziale und gerechte Steuerreform



Peter Altmaier
 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

Die Koalition hat am letzten Wochenende bei der Reform der Einkommensteuer ein gutes Ergebnis erzielt. Die Einkommensteuer wird gerechter werden und sozial ausgewogen sein. Wir wollen den Steuertarif an die Preisentwicklung anpassen. Deshalb werden wir das steuerliche Existenzminimum, den sogenannten Grundfreibetrag, deutlich anheben, was vor allem den Menschen im unteren Drittel der Lohnskala zugutekommen wird. Das Existenzminimum darf grundsätzlich nicht besteuert werden. Jeder, der mehr als das steuerliche Existenzminimum verdient, zahlt erst ab dieser Grenze Steuern. Da der Steuertarif aber keine Kurve ist, sondern einen Knick im ersten Drittel hat, würde mit der Anhebung des Grundfreibetrags der effektive Steuersatz bis zu diesem Knick noch steiler ansteigen als bisher. Diese starke sogenannte Progression würde also die unteren Einkommen bis zur Höhe des Knicks im Tarif überproportional belasten. Deshalb haben wir beschlossen, diesen Knick nach rechts zu verschieben. Jeder, der mehr als das Existenzminimum verdient, profitiert von dieser Verschiebung des Tarifs, denn jeder Steuersatz – vom niedrigsten mit 14

Prozent bis zum Spitzensteuersatz von 42 Prozent – wird in Zukunft bei einem höheren Euro-Betrag beginnen als heute. Je mehr jemand verdient, desto geringer wird übrigens seine prozentuale Entlastung ausfallen. In Zukunft werden wir, falls eine Anhebung des Grundfreibetrags geboten wäre, immer auch den Tarifverlauf verändern.

Es gibt aber noch einen weiteren wichtigen Grund, warum wir den Steuertarif insgesamt verschieben werden: die sogenannte kalte Progression. Das ist die unselige Wechselwirkung von Inflation, Gehaltssteigerung und mit steigendem Einkommen wachsender Steuerlast. Sie funktioniert folgendermaßen: Ein Angestellter bekommt eine Gehaltserhöhung, rutscht deshalb auf der Einkommensteuerkurve nach oben und zahlt folglich mehr Steuern: So weit normal. Problematisch wird es, wenn die Preise entweder genauso stark oder sogar stärker steigen als der Lohn. Das sogenannte Realeinkommen des Angestellten sinkt, obwohl er mehr Geld von seinem Arbeitgeber bekommen hat. Jetzt muss der Angestellte auch noch auf sein nominal gestiegenes, real aber gesunkenes Einkommen wegen des Tarifverlaufs höhere Steuern zahlen. Dies führt dazu, dass er sich weniger von seinem Gehalt kaufen kann als bisher, obwohl er doch mehr Geld verdient hat. Deshalb ist die kalte Progression ungerecht und leistungsfeindlich. Und deshalb ist unsere Reform – obwohl sie nur ein begrenztes Volumen hat – ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit.

Dass die Opposition nun mit Furor ankündigt, die von uns geplante Beseitigung dieser Steuerungerechtigkeit im Bundesrat zu torpedieren, ist unsägliches parteipolitisches Kalkül. Es ist ein Affront gegen die Steuerzahler mit kleinen und mittleren Einkommen. Deshalb setze ich darauf, dass die Opposition zur Einsicht kommt und unsere soziale Steuerreform zum Wohle der Bürger mitträgt.

Koalition einigt sich auf Kernvorhaben

Kauder kritisiert Blockadehaltung von SPD und Grünen

Die Spitzen von CDU, CSU und FDP haben eine Einigung über Kernvorhaben für die zweite Hälfte der Legislaturperiode erzielt: So wird durch Anhebung des Grundfreibetrags und eine Korrektur der kalten Progression für mehr Steuergerechtigkeit gesorgt. Das Betreuungsgeld kommt. Der Fachkräftezugang wird erleichtert. Die Demenzzkranken erhalten Leistungen aus der Pflegeversicherung. Schließlich wird mehr in die Verkehrsinfrastruktur investiert.

„Opposition wendet sich gegen die, die jeden Tag hart arbeiten.“

Die Opposition greift vor allem die Beschlüsse zur Steuererleichterung an. SPD und Grüne drohten – wie in den 90er Jahren in der Ära von SPD-Chef Oskar Lafontaine – mit einer Blockade im Bundesrat. Koalitionspolitiker wiesen dies zurück. „Die SPD und die Grünen führen die Öffentlichkeit hinter das Licht“, sagte der Vorsitzende

der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder.

Die Anhebung des steuerlichen Existenzminimums sei verfassungsrechtlich zwingend. „Das scheint der Opposition egal zu sein. Mit ihrer Blockadeankündigung wendet sich die Opposition gegen die, die jeden Tag hart arbeiten. Sie werden entlastet.“

Kauder verwies auf die Erhöhung der Neuverschuldung im von SPD und Grünen regierten Nordrhein-Westfalen. „Darum sollte sich SPD-Chef Sigmar Gabriel mal kümmern. Im Gegensatz zu Rot-Grün führen wir die Verschuldung zurück.“ Bundeskanzlerin Angela Merkel warb ebenfalls für die Beschlüsse. Sie seien ein Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit.

Kritische Bemerkungen gab es auch zur Einführung des Betreuungsgelds. Die familienpolitische Sprecherin Dorothee Bär wies die Bedenken zurück: Das Ja zum Betreuungsgeld zeige Familien, dass sie durch die Familienpolitik des Bundes nicht in ein bestimmtes Lebensmodell gedrängt werden sollen. Das Betreuungsgeld sei ein Beitrag, die familiäre Bindung von Kindern im frühesten Alter zu stärken.



Bundeskanzlerin Angela Merkel, der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Horst Seehofer und der FDP-Vorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler nach der Sitzung des Koalitionsausschusses

© ddp images/dapd

Die Kernpunkte der Einigung

Steuern: 2013 und 2014 werden untere und mittlere Einkommen um sechs Milliarden Euro entlastet. Dies wird durch die Anhebung des Grundfreibetrags und die Veränderung des Tarifverlaufs erreicht. Ein Durchschnittsverdiener kann laut Bundesfinanzministerium von 2014 mit etwa 20 bis 25 Euro mehr im Monat rechnen. Die Kosten der Steuersenkung sollen zu zwei Dritteln der Bund und zu einem Drittel Länder und Gemeinden tragen.

Pflege: Auch Demenzzranke erhalten künftig Leistungen aus der Pflegeversicherung. Der Pflegebeitrag wird 2013 um 0,1 Prozent angehoben. Die Bürger sollen über staatliche Zuschüsse auch zur privaten Vorsorge für den Pflegefall motiviert werden.

Betreuungsgeld: Ab 2013 wird es das Betreuungsgeld geben: Zunächst sollen Eltern 100 Euro monatlich für zweijährige Kinder bekommen. Ab 2014 werden dann 150 Euro monatlich für das zweite und dritte Lebensjahr des Kindes eingeführt. Damit sollen die Familien unterstützt werden, die ihre Kinder in diesem Alter nicht in eine Betreuungseinrichtung geben.

Fachkräftezuwanderung: Um mehr ausländische Fachkräfte nach Deutschland zu holen, wird die Gehaltsschwelle von 66 000 Euro auf 48 000 Euro gesenkt. Die Niederlassungserlaubnis erlischt aber automatisch, falls der Betreffende innerhalb der ersten drei Jahre soziale Unterstützung erhält, die keine Versicherungsleistung ist.

Verkehr: 2013 soll eine Milliarde Euro zusätzlich in den Ausbau der Verkehrswege – Straße und Schiene – investiert werden.

Finanzkontrolleure müssen überwacht werden

Kongress diskutiert über die Rolle der Ratingagenturen

Die Bewertungen der Ratingagenturen beeinflussen die Finanzmärkte. Sie haben einen großen Anteil an der Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009. Ihre Urteile über die Bonität einzelner Staaten sind auch aktuell ein wichtiger Faktor in der Euro-Schuldenkrise. Nicht immer agieren die Ratingagenturen fehlerfrei. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich nun auf einem eigenen Kongress mit der Arbeit der Ratingagenturen beschäftigt. Klar ist: Die Koalitionsfraktionen wollen den Einfluss der großen US-Finanzkontrolleure zurückdrängen. Die Ratingagenturen müssen ihre Arbeit verbessern. Ein Antrag von CDU, CSU und FDP sieht auch eine zivilrechtliche Haftung vor.

Zum Auftakt der Veranstaltung mahnte der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Klaus-Peter Flosbach die Ratingagenturen, dass ihre Aktivitäten im Einklang mit den Grundsätzen der Integrität, Transparenz, Rechenschaftspflicht und guter Unternehmensführung stehen müssten. Die in der EU verwendeten Ratings müssten unabhängig, objektiv und von hoher Qualität sein.

„Qualität von Ratingagenturen muss sich verbessern“

Vor den 160 Gästen im Fraktionssaal forderte Flosbach die Ratingagenturen auf, schnellstmöglich dafür zu sorgen, dass alle Marktteilnehmer der Qualität, Beständigkeit und Integrität der Ratings wieder vertrauen können. Es dürfe nicht sein, dass Ratingagenturen erst unter dem Druck von Krisen ihre Fehler korrigieren oder ihre Unabhängigkeit aufgrund ihrer Beteiligungsstrukturen in Frage steht.

Regulierungsbehörden, Ministeri-



Flosbach stellt die Pläne für die Kontrolle der Ratingagenturen vor
(Foto: Steven Rösler)

en, die Europäische Kommission und internationale Standardsetzer müssten aber ebenfalls eingreifen. Nötig seien wirksame Regelungen zur Verbesserung der Ratingqualität, betonte Flosbach. Allerdings dürfe die Regulierung nicht das Augenmaß verlieren. Es müsse vor allem mehr Wettbewerb unter den Ratingagenturen geben. Zudem müssten die Ratingagenturen für grobe Fehleinschätzungen künftig haften.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder schnitt eine andere Frage an. Wo gesetzlich festgelegt sei, ein externes Rating zu verlangen, müsse geprüft werden, „ob dieses nicht korrigiert werden muss“, lautete sein Statement. Aber auch Kauder mahnte an, bei der Regulierung der Ratingagenturen nicht über das Ziel hinaus zu schießen.

Daniel Kolter, Geschäftsführer von Moody's Deutschland, erklärte, die Ratingagenturen verfügten zwar über ein tiefes Verständnis der Märkte, jedoch könnten sie nicht garantieren, dass sich die Dinge so entwickeln, wie es erwartet werde. Ratings seien zwar die Leitplanken in einem internationalen Finanzsystem, weil sie die Vergleichbarkeit von Kreditrisiken ermöglichten. Sie seien aber keine Versicherung für den Schadensfall.

Sanio fordert harte Aufsicht

Der Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht Jochen Sanio wies seinerseits auf die entscheidende und zentrale Rolle hin, die die Ratingagenturen an den Finanzmärkten spielten. Er setzte sie mit den systemrelevanten Banken gleich. Deshalb, so Sanio, müssten auch die Ratingagenturen einer harten Aufsicht, die jedes Fehlverhalten sanktioniert, unterworfen werden.

Sanio kritisierte jedoch die „unkoordinierten nationalen Alleingänge“ im Fall der Regulierung von Ratingagenturen. Nach der Finanzkrise hätte zum Beispiel die EU erste regulatorische Schritte eingeleitet. Es fehle aber ein weltweiter Ansatz. Diese vielen Alleingänge zu ordnen und unter einen Hut zu bringen sei äußerst schwierig.

Was die Gründung einer europäischen Ratingagentur angeht, meinte Hessens Finanzminister Thomas Schäfer, sie werde kein Allheilmittel sein. Dadurch würden die der Krise zugrunde liegenden Probleme nicht gelöst, doch könne eine solche Agentur ein Beitrag zur Lösung sein.

Regulierung der Finanzmärkte weiter voranbringen

Bessere Eigenkapitalquote der Banken wichtiges Ziel



Klaus-Peter Flosbach
Finanzpolitischer Sprecher der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

Viele Bürger sehen die weitere Regulierung der Finanzmärkte als ein drängendes Thema an. Der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Klaus-Peter Flosbach erläutert im Gespräch mit Fraktion direkt die nächsten Schritte:

Wie geht es bei der Finanzregulierung weiter?

Flosbach: Obwohl bereits zahlreiche Maßnahmen für eine bessere Regulierung der Finanzmärkte verabschiedet und in Kraft getreten sind, müssen weitere zentrale Regulierungsvorhaben umgesetzt werden, ganz klar. Es gibt noch viele Initiativen, die derzeit auf internationaler und europäischer Ebene beraten werden. Die Beratungen sind unterschiedlich weit fortgeschritten. Sie müssen zügig abgeschlossen werden.

Was ist vorrangig?

Flosbach: Nach wie vor von hoher Bedeutung sind die Eigenkapitalanforderungen an Banken. Für Banken mit globaler Systemrelevanz werden höhere Eigenkapitalanforderungen gelten. Hierbei handelt es sich um

Banken, deren Zusammenbruch die Stabilität der internationalen Finanzmärkte beeinträchtigen kann. Ihre Eigenkapitalanforderungen werden noch über denen liegen, die ab 2013 für alle Banken gelten (Basel III).

Geschieht auch etwas bei den Versicherungen?

Flosbach: Im Versicherungsbereich erfolgt eine grundlegende Reform des Versicherungsaufsichtsrechts in Europa. Insbesondere die Eigenkapital- und Risikomanagementvorschriften für Versicherer werden modernisiert.

Die Fraktion hat sich schon intensiv mit den Ratingagenturen beschäftigt...

Flosbach: Ja, ein Antrag mit der FDP wird in Kürze eingebracht. Um den Einfluss der Ratingagenturen zu vermindern, muss die mechanische Verwendung externer Ratings durch Banken verringert werden. Gleichzeitig werden die Investoren zu mehr eigenständigen Risikobeurteilungen verpflichtet. Diese Risikosteuerung muss von den Aufsichtsstellen regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin überprüft werden. Weitere Punkte sind: Die Stärkung des Wettbewerbs

im Ratingmarkt und die Einführung zivilrechtlicher Haftungsregelungen.

Die Derivate – also Finanzprodukte, die an künftige Kurse oder Preise anknüpfen, werden derzeit überwiegend außerbörslich gehandelt. Hier soll sich auch etwas ändern...

Flosbach: Ja, richtig. Zukünftig wird der Handel über Börsen abgewickelt. Das reduziert erheblich die Ansteckungsgefahren im Finanzsektor, wenn ein Finanzmarktteilnehmer insolvent wird.

Was geschieht bei den Schattenbanken, die zum Beispiel in China einen Großteil der Kredite vergeben?

Flosbach: Auch die Schattenbanken müssen reguliert werden. Hierdurch soll verhindert werden, dass Finanzmarktakteure ihre Geschäftsaktivitäten vom regulierten in den nicht oder wenig regulierten Bereich verlagern. Das Ziel, alle Finanzmärkte, Finanzmarktakteure und Finanzinstrumente einer besseren Aufsicht und Regulierung zu unterwerfen, kann nur erreicht werden, wenn auch der Schattenbankensektor konsequent reguliert wird. Auch hier wurden die Arbeiten bereits aufgenommen.

Flyer Finanzmarktregulierung

Der Politik wird oft vorgeworfen, sie habe keine Lehren aus der Finanzmarktkrise gezogen. Dies ist nicht zutreffend. Die Regierung hat mit zahlreichen Gesetzen die Finanzmärkte reformiert. Welche Maßnahmen konkret getroffen wurden, zeigt der neue Info-Flyer der Fraktion „Lehren aus der Krise – 12 Fragen und Antworten zur Finanzmarktregulierung“. Der Flyer kann unter fraktion@cducsu.de bestellt werden und steht unter www.cducsu.de/publikationen zum Download bereit.



Bürokratieabbau muss fortgesetzt werden

Koalition zieht Bilanz und fordert weitere Reformen

Die christlich-liberale Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, unnötige Bürokratie abzubauen. So soll der Mittelstand entlastet und neue Freiräume für Wachstum und Beschäftigung geschaffen werden. Unternehmer sollen sich mehr auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können, anstatt Zeit für Behördenkorrespondenz zu vergeuden.

Konkrete Maßnahmen für weniger Bürokratie

In einer Debatte zu einem Antrag von CDU, CSU und FDP zog der Bundestag am Donnerstag Bilanz. Er forderte die Bundesregierung auf, den Bürokratieabbau weiter voranzutreiben. Die Koalitionsfraktionen legten hierfür einen Antrag mit 24 Forderungen vor. „Ein Ziel ist es unter anderem, die Belastung der Wirtschaft bei Informationspflichten zum Jahresende um rund 25 Prozent zu senken“, sagt der Experte aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kai Wegner.

Mühsamer Weg zur nachhaltigen Entlastung

„Die Bundesregierung hat schon sichtbare Erfolge erzielt. Vor allem die Entlastung der Wirtschaft um 10,5 Milliarden Euro ist ein großer Erfolg“, so Wegner weiter.

Aus Sicht der Koalition sollen alle künftigen Maßnahmen zu einer spür-

baren Entlastung führen. Dies ist eine anspruchsvolle und mühsame Aufgabe. Die ersten Hürden sind genommen. Das Ziel der nachhaltigen Entlastung der Wirtschaft ist aber noch nicht erreicht.

Der Abbau von überflüssiger Bürokratie bleibt auch in den nächsten Jahren eine wichtige Aufgabe.



© Harald07 - Fotolia.com

Kernforderungen des Koalitionsantrags

„Weniger Bürokratie und Belastungen für den Mittelstand – Erfolgskurs fortsetzen“

- Gesetzliche Aufbewahrungsfristen im Handels-, Steuer- und Sozialrecht vereinheitlichen und verkürzen.
- Steuerliche Betriebsprüfungen zeitlich straffen, auf Schwerpunkte begrenzen und näher am Veranlagungsjahr stattfinden lassen.
- E-Bilanz unternehmerfreundlich und unbürokratisch ausgestalten.
- Mehrwertsteuer: Der Höchstbetrag für Kleinstbeträge, die vereinfacht angegeben werden können, soll um 150 Euro angehoben werden können. Eine neue Mehrwertsteuerrichtlinie der EU lässt ab 2013 eine Anhebung auf bis zu 400 Euro zu.
- Vereinfachung des steuerlichen Reisekostenrechts.
- Abbau bürokratischer Hindernisse bei der Zuwanderung von qualifizierten Arbeitnehmern.
- Reform der Künstlersozialversicherung.
- Zulassungsverfahren von Kfz vereinfachen.

Frieden und Stabilität vor unserer Haustür

Bundestag debattiert deutsche Beteiligung an EU-Mission in Bosnien und Herzegowina

Der Bundestag hat am Freitag in erster Lesung die Verlängerung des ALTHEA Mandates für Bosnien-Herzegowina debattiert. Derzeit hat die Bundeswehr etwa 15 Soldaten im Land. Ein Antrag der Bundesregierung sieht vor, das Mandat fortzusetzen, aber die Personalobergrenze von 900 auf 800 zu senken.

Worum es geht

Am 2. Dezember 2004 übernahm die Europäische Union in Bosnien und Herzegowina das Kommando über die dort stationierte Friedenstruppe. Die Operation EUFOR ALTHEA ist die bislang größte militärische Operation der Union. Grundlage ist eine Resolution des Sicherheitsrates der

Vereinten Nationen. Sie soll den Friedensvertrag von Dayton absichern.

Wo wir stehen

Sechzehn Jahre nach dem Abkommen von Dayton gewährleisten die Soldaten die Sicherheit der Menschen und die Bewegungsfreiheit für internationale Organisationen und Nicht-Regierungsorganisationen. Denn der Stabilisierungsprozess und die Einhaltung und Umsetzung des Dayton-Friedensabkommens sind noch immer gefährdet. Es bestehen weiterhin starke Gegensätze der verschiedenen ethnischen Gruppen im Land. Hinzu kommt eine hohe Arbeitslosigkeit als Nährboden für organisierte Kriminalität und Drogenhandel. Immer mehr

rückt auch das zivile Engagement der internationalen Gemeinschaft – auch Deutschlands – in den Vordergrund.

Wie es weitergeht

Für die Zukunft ist es wichtig, die staatlichen Institutionen in Bosnien und Herzegowina zu stärken. Ziel der EU ist es, das militärische Engagement zu beenden und die bosnischen Streitkräfte bei der Ausbildung zu unterstützen. Deutschland, das mit der Bundeswehr von Beginn an beteiligt war, wird auch dabei eine besondere Verantwortung zukommen. Denn noch immer geht es um Frieden und Stabilität vor unserer Haustür.

Koalition setzt sich für nachhaltige und bezahlbare Mobilität in Europa ein

Antrag zur Zukunft der europäischen Verkehrspolitik im Bundestag

Die Europäische Kommission plant eine strategische Neuausrichtung der europäischen Verkehrspolitik. Grundlage ist das Weißbuch „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“. Die Kommission will eine klare, einheitliche und umfassende Strategie, um eine nachhaltige und effiziente Mobilität in der Europäischen Union zu sichern.

Dieses Ziel unterstützen auch die Koalitionsfraktionen in einem Antrag, der in dieser Woche im Bundestag debattiert und beschlossen wurde. Für eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik in Europa fordern CDU, CSU und FDP neben ökologischer Nachhaltig-

keit vor allem eine bedarfsgerechte und leistungsfähige Infrastruktur.

Weniger Beschränkungen und ein leistungsstarkes Kernnetz

Für eine wettbewerbsfähige und wachsende Mobilitäts- und Logistikbranche sei der weitere Abbau von technischen und rechtlichen Beschränkungen eine wesentliche Voraussetzung, so der Antrag. Gerade für Deutschland – als Land im Herzen Europas und exportorientierte Volkswirtschaft – sei dies besonders wichtig. Ebenso sei ein leistungsstarkes, effizientes europäisches Kernnetz für das Transitland Deutschland von großer Bedeutung.

In ihrem Antrag fordert die Koaliti-

on dazu auf, alle Verkehrsträger – ob auf Schiene oder Straße – gleich zu behandeln. Wo und in welchem Umfang eine Verkehrsverlagerung zwischen den Verkehrsträgern sinnvoll ist, müsse eine zukunftsorientierte europäische Verkehrspolitik beantworten.

Dabei legt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch in der Verkehrspolitik großen Wert auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips. Die EU soll nur dort tätig werden, wo es Bund, Länder und Gemeinden nicht besser können. Dies gilt besonders für Maßnahmen im städtischen Verkehr.

Mit Nachdruck setzt sich die Koalition mit ihrem Antrag auch dafür ein, dass Mobilität für Bürger und Unternehmen in Zukunft bezahlbar bleibt.

Waldstrategie stärkt nachhaltige Bewirtschaftung unserer Wälder

Bundesregierung informiert Plenum über „Waldstrategie 2020“

Der Wald ist nicht nur Lebensraum für Tiere und Pflanzen, sondern auch CO₂-Speicher und soll darüber hinaus auch zukünftig der Erholung der Menschen dienen. Die Waldstrategie der Bundesregierung zeigt Wege auf, wie wir den Wald und seine vielfältigen ökologischen, ökonomischen und sozialen Funktionen bewahren können. Die Strategie, über die der Bundestag in dieser Woche diskutierte, ist auch deshalb mehr als ein symbolischer Beitrag zum „Internationalen Jahr der Wälder 2011“.

In der Diskussion über die Strategie hatte sich in den vergangenen Monaten gezeigt, dass es auf die Frage, wie viel forstwirtschaftliche Nutzung der Wald und der Schutz seiner Biodiversität verträglich, keine pauschalen

Antworten gibt. So macht auch die Strategie keine pauschalen Vorgaben für eine weitere Stilllegung von Waldflächen.

Eine leistungsfähige und nachhaltige Holz- und Forstwirtschaft

Die Strategie liegt auch bei den Maßnahmen zur Sicherung der Holz- und Forstwirtschaft richtig. Wir brauchen eine leistungsfähige und nachhaltig wirtschaftende Forst- und Holzwirtschaft, wenn wir sowohl die ehrgeizigen Klimaschutzziele, als auch eine stärkere stoffliche und energetische Nutzung von Holz erreichen wollen. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist es nicht akzeptabel, die steigende Holznachfrage in Deutschland mit

Importen aus Ländern zu decken, die nicht nachhaltig produzieren.

Für uns steht fest: Artenvielfalt kann auch in nachhaltig und naturnah bewirtschafteten Wäldern gewährleistet werden. „Schützen durch Nützen“ ist ein bewährtes Prinzip in der Forstwirtschaft. Hierfür müssen bei Forstarbeiten und in der Waldbetreuung qualifizierte Fachkräfte zum Einsatz kommen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt es, dass die Bundesregierung dies ausdrücklich anerkennt und sich für eine umfassende Qualifikation der Forstleute ausspricht.

Radarpfern soll unbürokratisch geholfen werden

Bundestag fordert Regierung zur Einrichtung einer Stiftung auf

Für die Radaropfer der Bundeswehr und der früheren Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR soll eine Stiftung eingerichtet werden. Eine entsprechende Aufforderung richtete der Bundestag am Freitag mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen an die Bundesregierung. Mit Geld aus der Stiftung sollen Härtefälle abgemildert werden, die von den starren Regeln des Versorgungsrechts bisher nicht aufgefangen wurden. Die Stiftung soll anfangs mit einem Kapital von sieben Millionen Euro ausgestattet werden.

Die Fraktionen fordern die Bundesregierung auf zu prüfen, ob eine Stiftung oder ein Fonds eingerichtet werden kann, damit den Opfern unbürokratisch geholfen werden kann.

Zugleich soll ausgelotet werden, ob eine Beteiligung der Gerätehersteller an einer solchen Stiftung möglich ist. Darüber hinaus wird erwogen, nochmals ein Expertengremium einzuberufen, das einzelne Krankheitsbilder – beispielsweise gutartige Tumore und chronisch lymphatische Leukämie – sowie die Belastung der Mitarbeiter durch radioaktive Leuchtfarbe bewerten soll.

Radarkommission stellte Kriterienkatalog auf

Ohne ihr Wissen waren Angehörige der Bundeswehr und der NVA bis in die 1980er Jahre mit ionisierender Strahlung belastet gewesen und hatten gesundheitsschädliche Partikel

aufgenommen. Um die Entschädigungsmöglichkeiten für die Betroffenen zu verbessern, hat das Verteidigungsministerium im Jahre 2002 eine Radarkommission eingesetzt. Diese stellte einen Kriterienkatalog auf, nach dem entschieden werden konnte, welche Erkrankungen wahrscheinlich auf Strahleneinwirkung zurückzuführen sind. Seither wurden 2.316 Anträge gestellt (2.136 von Soldaten, 23 von Beamten und 157 von Arbeitnehmern), von denen insgesamt 625 oder 27 Prozent akzeptiert wurden. 1.541 Anträge wurden abgelehnt, 40 Anträge wurden zurückgezogen. Die hohe Zahl der Bewilligungen belegt den politischen Willen, den Radaropfern zu helfen.

„Gewonnene Jahre - Potenziale älterer Arbeitnehmer“

Fraktion diskutiert mit Altersforscherin Ursula M. Staudinger die Qualifizierung älterer Menschen

Wie schaffen wir es, dass ältere Menschen möglichst lange in ihren Unternehmen arbeiten können? Wie können Firmen möglichst lange die Erfahrung der älteren Arbeitnehmer nutzen? Die Potenziale älterer Arbeitnehmer diskutierten Abgeordnete aller Fachbereiche mit Ursula M. Staudinger, eine der renommiertesten Experten zum Thema Alter in Deutschland.

Frau Staudinger zeigte auf, dass lebenslanges Lernen schon heute Alltag in deutschen Unternehmen ist. Immer mehr Unternehmen stellten fest, dass sie nicht auf die vielfältigen Fähigkeiten der älteren Belegschaft verzichten könnten. Sie setzen neben attraktiven Weiterbildungsmaßnahmen auch auf ein betriebliches Gesundheitsmanagement, um eine gesunde Beschäftigung bis zur Rente

mit 67 zu ermöglichen. Auch in einem Unternehmen gelte: Der Mix macht's! Doch nur in einer ansprechenden Atmosphäre könnten die Potenziale älterer Arbeitnehmer im besten Sinne genutzt werden. Staudinger ist Vizepräsidentin der Jacobs University in Bremen und Gründungsdekanin des dortigen Instituts für lebenslanges Lernen. Sie folgte einer Einladung des Obmanns der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung, Uwe Schummer sowie der Vorsitzenden des Parlamentarischen Ausschusses für den Mittelstand und der Arbeitnehmergruppe, Michael Fuchs und Peter Weiß.

„Bildungsbiographien sind in einer modernen Gesellschaft vielschichtiger und enden nicht mit einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss. Wenn wir die Bildungsrepublik Deutschland umsetzen wollen, müssen wir neue

Lernwege für jedes Alter eröffnen“, betonte Schummer. Innerhalb des letzten Jahrzehnts hat sich die Zahl der Arbeitslosen im Alter von 50 bis 65 Jahren halbiert. Etwa 66 Prozent der 50 bis 65-Jährigen sind erwerbstätig.



© endostock - Fotolia.com

Fraktion 2.0

Frisch gebloggt

Auf blogfraktion.de bezieht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Stellung zu aktuellen Themen. „Fraktion direkt“ gibt in lockerer Folge einen Überblick über die interessantesten Beiträge.

[Betreuungsgeld stärkt familiäre Bindung und Bildung](#)

Die Familienpolitikerin Dorothee Bär spricht sich für das am vergangenen Wochenende vom Koalitionsausschuss beschlossene Betreuungsgeld aus: „Das Betreuungsgeld zwingt Frauen nicht, ihre Erwerbsarbeit aufzugeben, denn es wird auch gezahlt, wenn sie in Voll- oder Teilzeit erwerbstätig sind.“ Die Bindung zu den Eltern sei in den ersten beiden Lebensjahren extrem wichtig. Die Opposition müsse ihre „Scheuklappen“ ablegen und junge Eltern endlich „ohne Vorbedingung“ unterstützen.

[125 Jahre Automobil oder Die Rückkehr des Elektromotors](#)

Die Wirtschaftlichkeit des Benzins sei das Geheimnis des Verbrennungsmotors, den Carl Benz sich in diesen Tagen vor 125 Jahren hat patentieren



lassen. Andreas Jung, Beauftragter für Elektromobilität unserer Fraktion, erklärt im Blog, dass der Elektromotor viel effizienter sei und mit Ökostrom

sogar klimaneutral. Zum Jubiläum des Autos sehen wir uns also vor allem der Herausforderung gegenüber, den Elektroantrieb wirtschaftlicher zu machen – zum Beispiel mit besseren Batteriespeichern und Brennstoffzellen.

[Der Nahe Osten – eine Chance für Europa](#)

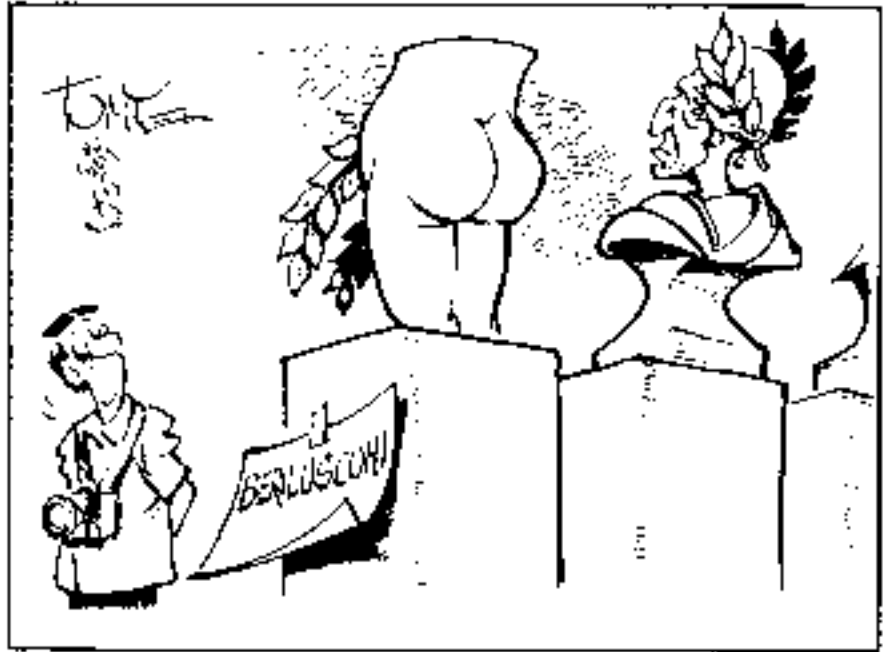
Ein aufschlussreiches Bild des Nahen Ostens nach dem Arabischen Frühling entwirft unser außenpolitischer Experte Ruprecht Polenz in einem Beitrag in zwei Teilen. Er beleuchtet die Situation in den einzelnen Ländern und analysiert die Folgen der „Arabelion“. Sie zeige, dass Demokratie und Islam nicht grundsätzlich unvereinbar sein. Deutschland und Europa hätten nun die „einmalige Chance“, ihrer Nachbarregion bei der Etablierung von „Stabilität, Freiheit und nachhaltiger Entwicklung“ zu helfen.

Deutsche sparen weltweit am meisten

Die deutschen Haushalte legen derzeit jeden zehnten Euro auf die hohe Kante. Wie das Institut für Wirtschaft in Köln berichtet, führen die Deutschen damit das internationale Feld der Sparer an. In den Vereinigten Staaten sparen die Einwohner beispielsweise nur halb so viel – 2011 legten die Amerikaner 5,5 Prozent ihres Einkommens zurück. Beim Nachbar Polen ist die Sparquote mit 4,6 Prozent sogar noch geringer.

Deutsche investieren am liebsten ins Eigenheim

Wegen der Finanzkrise ist das Vertrauen der Sparer in die klassischen Wege des Vermögensaufbaus wie die Lebensversicherung oder die private Rentenversicherung gesunken. Laut einer Umfrage des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands halten lediglich 28 Prozent der Deutschen eine Lebensversicherung derzeit für die erste Wahl beim Vermögensaufbau. Das sind 18 Prozentpunkte weniger als noch 2010. Für die private Rentenversicherung sieht es ähnlich düster aus: Sie verlor 13 Prozentpunkte. Nur 25 Prozent der Verbraucher sehen in ihr eine gute Anlageform. Alternativ würden die Deutschen ihr Geld lieber in Immobilien anlegen. So ist für fast die Hälfte aller Verbraucher das Eigenheim momentan die beste Anlageform für den Vermögensaufbau.



KOMME SÜBER

Zeichnung: Tomicek

„Fraktion direkt“ bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine (veranstaltungen.cducusu.de)

28. November 2011	Kongress Afghanistan
30. November 2011	Kongress Wettbewerb im Handel
12. Dezember 2011	Kongress Demografie
13. Dezember 2011	Weihnachtsfeier

Immer mehr Kinder werden in Tagespflege betreut

Immer mehr Kinder in Deutschland werden von einer Tagesmutter oder einem Tagesvater betreut. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, nahmen zum Stichtag 1. März 2011 bundesweit die Eltern von 124.000 Kindern dieses Angebot wahr. Das ist ein Anstieg von 10,5 Prozent im Ver-

gleich zum Vorjahr. Die Zahl der Tagesmütter und Tagesväter stieg ebenfalls um rund 2.000 auf insgesamt 42.800.

Der Großteil der bei Tagesmüttern oder Tagesvätern betreuten Kinder ist jünger als drei Jahre. Im März 2011 waren laut Statistik insgesamt rund 80.000

Kleinkinder und damit rund zwei Drittel aller Kinder in Tagespflege unter drei Jahren. Ihre Zahl erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um elf Prozent. Bundesweit wurden damit 3,9 Prozent aller Kinder dieser Altersgruppe von einer Tagesmutter oder einem Tagesvater betreut.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ www.cducusu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ blogfraktion.de
Fraktion direkt ➔ www.cducusu.de/fd

(Bitte auf den Pfeil klicken.)



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt